

Maurer tritt auf die Bremse

Der VBS-Chef erlaubt Top-Militärs künftig nur noch in Ausnahmefällen einen Chauffeur

VON MARTIN STOLL

BERN Den letzten WK hat Soldat Peter T. in bester Erinnerung: «Statt in Kampfstiefeln war ich in Turnschuhen unterwegs.» T. war als Chauffeur eines hohen Berufsmilitärs eingeteilt. Morgens holte er diesen daheim ab und fuhr ihn an seinen 30 Kilometer entfernten Arbeitsplatz nach Bern. Dazwischen gab es Fahrten quer durch die Schweiz. An diesen langen Tagen, erinnert sich T., habe er seinen zackigen Passagier sogar an Rockmusik gewöhnt. «Meine Taktik: Pro dreissig Minuten eine Volumenstufe lauter.»

Bei der 50-köpfigen Armeespitze, den höheren Staboffizieren, sind Chauffeureinsätze alltäglich. Das deckt der Bericht «Chauffeure im VBS» vom 31. Mai 2010 auf, in den die SonntagsZeitung gestützt auf das Öffentlichkeitsgesetz Einsicht verlangte. Über die Hälfte der Top-Militärs mit Kommandofunktionen verlangen bis fünfmal pro Woche einen Fahrer. Bei höheren Staboffizieren mit Verwaltungsjobs ist es ein gutes Viertel. «Wenn man bedenkt, dass lediglich der Armeechef und die Kommandanten der Luftwaffe und des Heers einen rechtlich verankerten Anspruch auf einen zugeordneten Fahrer haben, erstaunt die Tatsache, dass sich höhere Staboffiziere sehr häufig chauffieren lassen», heisst es im Bericht.

Hauptgrund der Militärs für einen Fahrer: Übermüdung

Die von den VBS-Inspektoren befragten Berufsmilitärs gaben an, hauptsächlich wegen der Gefahr einer Übermüdung einen WK-Soldaten oder Durchdiener als Fahrer zu engagieren. Bemerkenswert ist, dass 65 Prozent den Chauffeureinsatz mit einem «gesellschaftlichen Anlass mit möglichem Alkoholkonsum» begründeten und 51 Prozent mit «fehlenden Parkplätzen am Zielort».

Ihren Dienstwagen beschrieben die Staboffiziere als zweiten Arbeitsplatz, «in dem auch Wechselkleider und wichtige Unterlagen, zum Beispiel die Kiste mit Reglementen, mitgeführt werden». Auf chauffierten Fahrten könnten sie sich auf Referate vorbereiten, Telefonate führen oder



Warten auf den Chef: Ein zum Chauffeurdienst abkommandierter WK-Soldat vor «seinem» Luxus-Auto

Berichte lesen. Pikant: Die Inspektoren stellten fest, dass sich einzelne Top-Militärs auch zwischen Wohnort und Arbeitsplatz hin- und herchauffieren lassen.

Am 7. Juli 2010 hat VBS-Chef Ueli Maurer den Armeechef und seine Generalsekretärin beauftragt, dafür zu sorgen, dass höhere Staboffiziere für Fahrten vom Wohnort zum Dienst- oder Einsatzort keinen Fahrer mehr zur Verfügung haben. Auch sonst soll grundsätzlich selber gefahren werden. Der «ausnahmebedingte Nutzungsrahmen» für den Chauffeureinsatz der Armeespitze muss bis Januar in Weisungen und Verordnungen festgelegt werden. «Es ist eine restriktivere Lösung zu formulieren», verfügte Maurer.

Keine Rechtsgrundlage für Milizfahrer in der Verwaltung

Die rechtliche Situation betreffend Chauffeureinsatz ist heute laut dem VBS-Bericht «komplex und teils widersprüchlich». Deshalb hätten sich hohe Militärs mit persönlichem Dienstfahrzeug «in gutem Glauben» von einem Milizsoldaten chauffieren lassen. Klar unrechtmässig ist für die Juristen des VBS der Chauffeureinsatz von Armeeangehörigen in der Militärverwaltung. «Es scheint, dass die rasche Verfügbarkeit der Armeeangehörigen und die jahrelange Gewohnheit zu einem System geführt haben, welches den Chauffeureinsatz zum Arbeitsmittel für höhere Staboffiziere hat werden lassen», heisst es im 22-seitigen Papier.

Armee-Politiker reagieren unterschiedlich auf den Inspektionsbericht: «Es kann nicht die Regel sein, dass Milizsoldaten vom Bund angestelltes Personal chauffieren», sagt Hans Schatzmann, Präsident der Offiziersgesellschaft. FDP-Nationalrat und Generalstabsoberst Peter Malama findet, die «derzeit stark beanspruchten» Staboffiziere hätten Anrecht auf einen Fahrer. SVP-Nationalrat und Ex-Regimentskommandant Bruno Zuppiger verlangt, die neuen Regeln seien durchzusetzen: «Sonst lassen sich bald auch untere Chargen chauffieren.»

Der Inspektionsbericht ist abrufbar: www.sonntagszeitung.ch

Kollegenschelte von Calmy-Rey

SP droht mit Opposition

LAUSANNE Am SP-Parteitag am Samstag verurteilte Aussenministerin Micheline Calmy-Rey die Departementsverteilung. Mit der neuen Zusammensetzung des Bundesrates und der neuen Verteilung der Departemente hätten die Mitte-Politiker eine neue Form der Konkordanz zementiert, sagte Calmy-Rey. «Die grossen Stücke des Kuchens für die Minderheit und die Krümel für die Mehrheit.» Man habe nun faktisch eine Minderheitsregierung. Und das sei keine nachhaltige Strategie in einer direkten Demokratie. Calmy-Rey deutete auch an, wer ihrer Meinung nach hinter der Departementsverteilung steckt: Economiesuisse habe ihre Vertreter im Bundesrat, sagte sie.

Nach der Rede auf ihre harten Worte angesprochen, sagte Calmy-Rey: «In der Konkordanz achtet man auf die politischen Sensibilitäten aller wichtigen Gruppen.» Man suche zusammen nach gemeinsamen Lösungen. «Wenn einige auf der einen Seite untereinander Absprachen machen und andere auf der anderen Seite untereinander Absprachen machen, ist das nicht meine Vorstellung von Konkordanz», so Calmy-Rey.

SP-Delegierte drohen mit Gang in die Opposition

Nach Calmy-Reys Kollegenschelte verabschiedeten die SP-Delegierten in Lausanne eine Resolution, die einen ausserordentlichen Parteitag zur Regierungsbeeinträchtigung fordert. Dieser soll zwischen den Wahlen im Oktober 2011 und den Gesamterneuerungswahlen des Bundesrates stattfinden.

Weiter hat die Basis – entgegen dem Vorschlag der Parteileitung – in der Resolution festgeschrieben, dass die SP in die Opposition geht, sollte ihr nach den Wahlen nur noch ein Bundesratsplatz zugestanden werden. Ein Antrag, schon jetzt inhaltliche Bedingungen für die Regierungsbeeinträchtigung zu stellen, wurde aber abgelehnt. Für Parteipräsident Christian Levrat ist der Entscheid überraschend. «Er ist Ausdruck der Wut unserer Basis über die Departementsverteilung nach den letzten Bundesratswahlen», so Levrat. JOËL WIDMER

MEINUNG

MARTIN STOLL LEITER RECHERCHEDESK



Nicht auf dem hohen Ross, am Boden

Es geht nicht ums Geld. Es geht um die Symbolik: Wenn sich Top-Militärs von WK-Soldaten ins Büro chauffieren lassen, als wären sie Wirtschaftsbosse oder Hollywood-Stars, ist das seit Ewigkeiten überholtes Offiziersgehabe. Höchste Zeit, räumt Bundesrat Ueli Maurer damit auf. So macht er die Generäle von heute zu dem, was sie sind: Krisenmanager einer Armee, in der vieles nicht so funktioniert, wie es sollte. Solche haben ihren

Platz nicht auf dem hohen Ross, sondern am Boden. Das haben – dies ist die gute Nachricht – einige Mitglieder der Generalität erkannt. Sie stellen selbstkritisch die Frage, ob es zur Aufgabe der Armeespitze gehört, landauf, landab zu repräsentieren. Einblick in den Bericht, in dem die Missstände dokumentiert sind, verlangte die SonntagsZeitung gestützt auf das Öffentlichkeitsgesetz. Es gibt jeder und jedem, auch Journalisten, das Recht,

Einsicht in amtliche Dokumente zu nehmen. Maurer setzte auch hier ein Zeichen und reagierte auf unseren Antrag geradezu militant. Er entschied, die Berichte seiner Inspektoren künftig ins Internet zu stellen und Missstände so systematisch transparent zu machen. Er reagierte ganz anders als sein glückloser Vorgänger Samuel Schmid: Dieser hatte seine Inspektoren, die ihm unfrohe Kunde brachten, kurzerhand abgeschafft.

Die Angst vor Überfremdung und Kriminalität nimmt ab

Umfrage: Schweizer sehen die grösste Bedrohung im Klimawandel – und dem Egoismus der Menschen

ZÜRICH Die Klimaveränderung macht den Schweizerinnen und Schweizern am meisten Angst. Das zeigt der neue Angstbarometer 2010. Gleich danach folgt der «Egoismus der Menschen», gefolgt von Kriminalität und der Angst um die Zukunft unserer Kinder. Die Forscher vom Institut gfs Zürich haben in den letzten zwei Monaten 1004 Bewohner der Deutsch- und Westschweiz in einer repräsentativen Umfrage nach 30 Angstindikatoren abgefragt. Im Vergleich zu den letzten zwei Jahren sind die Schweizer zwar insgesamt nicht ängstlicher geworden, die Zahlen 2010 zeigen aber deutliche Verschiebungen bei den Angstursachen.

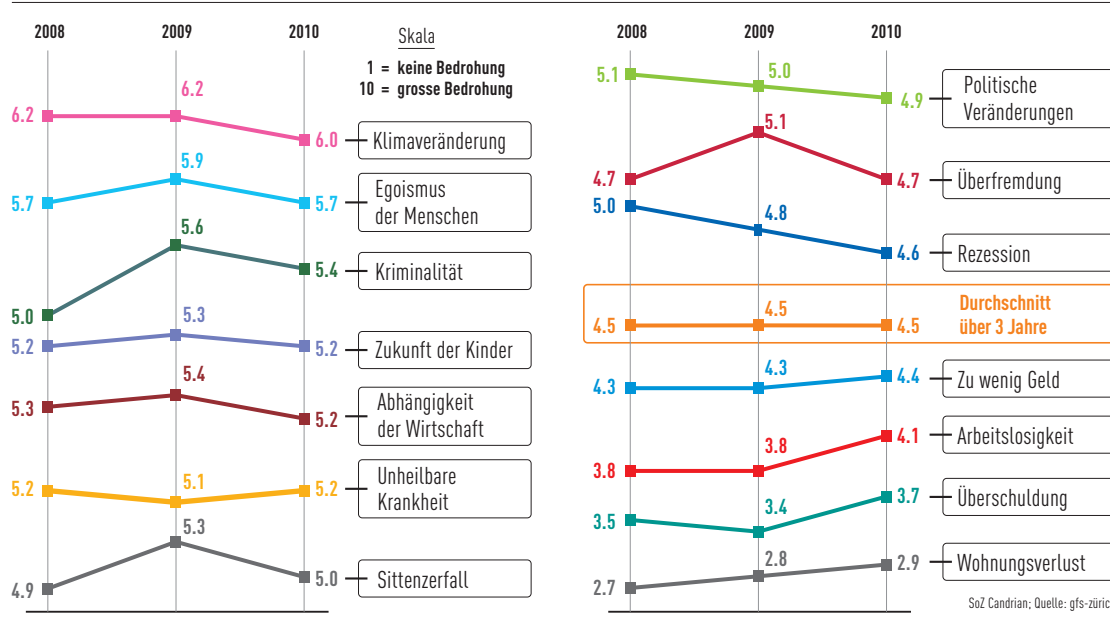
Demnach sind die Ängste vor Überfremdung, Kriminalität und Sittenzerfall in der Bevölkerung am stärksten rückläufig. Vor

einem Jahr sind diese drei Angstindikatoren bei uns noch am stärksten gestiegen. Damals stand die Schweiz kurz vor der Minarett-Abstimmung. «Die Gewalt in den Stadien, Prügeleien in der S-Bahn und die Minarette diktierten die Themen vor einem Jahr», sagt Studienleiter Andreas Schaub. «Seither sind die Emotionen deutlich zurückgegangen.»

Fremdenangst hat selbst unter SVP-Anhängern abgenommen

Innert eines Jahres ist die Angst vor Überfremdung unter allen 30 Indikatoren von Rang 7 auf 17 gefallen. Die Fremdenangst hat selbst unter den Anhängern der SVP im letzten Jahr abgenommen. Allerdings ist sie bei SVP-Wählern immer noch die grösste aller Ängste. Stark zugenommen haben im letzten Jahr hingegen die Ängste

Davor fürchten sich die Schweizerinnen und Schweizer



um die eigene wirtschaftliche Zukunft. Den stärksten Zuwachs aller verzeichnet die Angst vor Überschuldung, dicht gefolgt von Arbeitslosigkeit, Geldnot und Verlust der eigenen Wohnung, dies obwohl sich Wirtschaft und Arbeitsmarkt seit letztem Jahr deutlich erholt haben. «Diese Ängste hinken den Realitäten stets hinterher», erklärt Studienleiter Schaub. «Die Wirtschaftsdaten deuten zwar nach oben, aber die Menschen glauben es nicht.»

Die vom Finanzunternehmen Aduno Gruppe gesponserte Studie zeigt, dass Frauen, Jüngere, schlechter Ausgebildete, gering Verdienende und Westschweizer tendenziell ängstlicher sind. Dafür zeigen sich die Schweizer insgesamt sehr selbstbewusst: 57 Prozent halten sich für überdurchschnittlich mutig. OLIVER ZIHLMANN